

Israel bombardiert, Deutschland unterdrückt Protest

Während Israels Massaker einem Völkermord immer ähnlicher sehen, hält die deutsche Regierung an ihrer unbedingten Unterstützung fest. Proteste werden pauschal als antisemitisch diffamiert und durch Einschüchterung, Verleumdung und Polizeigewalt klein gehalten. Die Medien, die vor kurzem noch über die großen Demonstrationen in Israel gegen die dortige rechtsextreme Regierung berichteten, können in der Solidarität mit den Opfern der andauernden Kriegshandlungen nur noch Antisemitismus erkennen. In Berlin wird nun ein neues Mittel angewandt: Protestierende werden direkt in ihrer Arbeitswelt zur Zielscheibe staatlicher Sanktionen.

Vom 12. bis 14. April sollte in Berlin der „Palästina-Kongress 2024 – Wir klagen an!“ stattfinden, bei dem sich Palästina-solidarische Gruppen austauschen und vernetzen, sowie die Komplizenschaft der Bundesregierung mit ihren Waffenlieferungen anklagen wollten.

Was gibt es Selbstverständlicheres, als nicht wegzuschauen, wenn mit Unterstützung Deutschlands in Gaza über 34.000 Menschen getötet, über 2 Millionen eingesperrte Menschen systematischem Hunger ausgesetzt, ihre Häuser und Krankenhäuser zerbombt werden?!

Jüdische Antisemiten?

Der Rektor der Universität Glasgow Ghassan Abu Sitteh war eingeladen, der mit „Ärzte ohne Grenzen“ 43 Tage das Leid in Gaza hautnah erlebte und davon berichten wollte. Ihm wurde die Einreise nach Deutschland verweigert! Schon im Vorfeld des Kongresses gab es eine beispiellose Hetzkampagne, wo mit „Antisemitismus“ und „Terrorverherrlichung“ um sich geworfen wurde. Dabei war dies kein Kongress der islamistischen Hamas oder ihr nahestehender Gruppen, sondern von linken Kräften, unter anderem auch der „Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“. Doch weil die „Jüdische Stimme“ es wagt, das zionistische Siedlungsprojekt zu kritisieren, das für jahrzehntelange Unterdrückung der Palästinenser:innen verantwortlich ist, werden auch ihre (jüdischen!) Mitglieder als „antisemitisch“ bezeichnet. Ihr wurde das Konto gekündigt, über das die Finanzierung des Kongresses laufen sollte. Zu Recht unterstreicht die „Jüdische Stimme“, wie absurd es ist, wenn deutsche Gerichte und Polizei ihnen als Jüd:innen Antisemitismus vorwerfen und sie dafür mit Repressionen überziehen. Unter völliger Missachtung der Versammlungsfreiheit hat die Polizei den Kongress aufgelöst. Da sie keine inhaltlichen Argumente vorbringen konnte, erklärte der Einsatzleiter, er habe „hinreichenden

Anlass zu der Vermutung, dass bei Fortsetzung des Kongresses strafbare Äußerungen erfolgen werden.“

Offenbar wurde von ganz oben festgelegt, dass der Palästina-Kongress mit allen Mitteln zu verhindern sei und daraufhin „strafbare Äußerungen“ kurzfristig „vermutet“. Sie wollen die Proteste mit aller Macht zum Schweigen bringen. Immer wieder wird auf den barbarischen Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 als Ausgangspunkt verwiesen. Doch was wird damit gesagt? Ein getöteter israelischer Mensch muss mit hunderten Toten in Gaza vergolten werden?

Der Protest wurde nicht leiser, sondern lautstark wurde in Berlin von mehreren tausend Menschen gegen das Vorgehen von Polizei und Behörden demonstriert.

Schließung von Phantalisa und ALIA

Letzte Woche nun wurden zwei Einrichtungen für junge Frauen* und Mädchen* in Friedrichshain-Kreuzberg geschlossen. Der Stadtrat der CDU, der den Vertrag für beide Einrichtungen fristlos gekündigt hat, begründet das u. a. damit, dass eine der Geschäftsführerinnen beim Palästina-Kongress als Sprecherin angekündigt war, und damit, dass Mitarbeiter:innen in ihrer Freizeit an Demonstrationen für Palästina teilgenommen haben.

Er beruft sich auf die B.Z., die in seinen Augen offenbar für journalistische Qualität steht, und deren Hetzberichte über den Palästina-Kongress.

Der Einsatz für Zigtausende zivile Opfer in Gaza wird als antisemitisch diffamiert und jungen Frauen und Mädchen wird ein Schutzraum genommen. Gegen diese skandalöse Entscheidung bildet sich Widerstand, nicht nur unter Sozialarbeiter:innen. Auch unter Arbeitenden und Gewerkschafter:innen aus unterschiedlichen Branchen. Wir dürfen die Regierenden nicht durchkommen lassen mit ihrer infamen Politik!

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

57,5 Eiskugeln

Das können wir CFM-Kolleg:innen uns diesen Sommer mit dem gezahlten Inflationsausgleich kaufen. 115 € - mehr war nun wirklich nicht drin für die arme CFM und so bereibt sie somit dass beste Organizing für unsere Streiks 2025. Auch der Berliner Senat hält sich weiterhin gekonnt zurück, obwohl viel versprochen wurde. Daher sollten wir ihn daran mal wieder erinnern und z. B. mit unseren Kolleg:innen am 25.5. vor dem SPD-Parteitag Radau machen.

Streik an der Charité

Mehr Patient:innen versorgen und Verkürzung der Liegezeiten lautet die Erwartung der Chefs an die Ärzt:innen in der Charité. Und ganz nebenbei wird der eine oder andere Vertrag von Kolleg:innen nicht verlängert und Stellen unbesetzt gelassen. Am 25.04.2024 antworten die Ärzt:innen der Charité: Streik. Lange genug verhandelt der Marburger Bund mit der Charité, die ihr unzureichendes Angebot immer wieder schön rechnet. Mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit fordern die ärztlichen Kolleg:innen genauso wie Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen z.B. bei den Rufbereitschaften. Klinikarbeit ist Teamarbeit. Darum viel Erfolg und Durchsetzungskraft den Streikenden. **25.04.2024, um 9 Uhr 30 Streikkundgebung am Robert-Koch-Platz/CCM.**

Hurra, Zeit fürs Eisessen

Die Arbeitszeit wird zum 01.01.2025 verkürzt. Na gut, es geht erst einmal nur um eine halbe Stunde in der Woche. Von 39 Stunden geht es auf 38,5 Stunden pro Woche. Macht glatte 6 Minuten am Arbeitstag. Für einen Bummel zur Eisdielen noch ein bisschen knapp, aber die Richtung stimmt. Nun gilt es, endlich auch im Krankenhaus im Schichtdienst die Pause als Arbeitszeit anzurechnen und dann schnurstracks weiter Richtung 35 Stundenwoche. Jaja, kein Personal, zu teuer ... wir wissen schon. Aber wir lieben Eis nun mal sehr und teilen dieses nach Feierabend gerne mit vielen neuen Kolleg:innen.

Frech kommt weiter?

Anscheinend haben sich einige Kolleg:innen aus der Neonatologie über eine unerwartet geringe Anzahl erarbeiteter CHEPs gewundert und nachgefragt. Und siehe da, es gab einseitige Veränderungen durch die Charité. Natürlich nicht zum Vorteil der Kolleg:innen. Wertschätzung, Vertragstreue, Mitarbeiter:innenbindung ... anscheinend alles leeres Gerede der Charité-Oberen. Ein Grund mehr, die eigenen CHEP-Ansprüche genau zu prüfen und im Zweifel geltend zu machen. Gerne auch als Team gemeinsam abzugeben.

Coli-Bakterien

Die haben das Bremer Klinikum Mitte in die Schlagzeilen gebracht. Der Klinikverbund Gesundheit Nord hat natürlich reagiert. Reinigungskräfte würden geschult, Patient:innen häufiger untersucht, Waschbeckenamaturen ausgetauscht. Mehr fällt den Chefs dort dann aber auch nicht ein. Wir haben noch ein, zwei Ratschläge: Endlich die Service gGmbH in die Klinik integrieren, anständigen Tariflohn zahlen und natürlich mehr Reinigungspersonal beschäftigen. Die Coli-Bakterien werden uns hassen.

Kurzer Auftritt

Frau Senatorin Czyborra beehrte uns. Bei der Personalversammlung. Doch unser Glück währte nur kurz, also ca.

eine halbe Stunde. Sie hatte noch wichtigere Termine. Ja, soll es geben. Prioritäten setzen ist aber auch eine Art der Anerkennung und Wertschätzung.

Jeder Tag ein Kampf mit dem Gewissen

Der Chefarzt des Berliner Maßregelvollzugs hat aus „Gewissensgründen“ gekündigt. Seinen Gewissensbiss beschreibt er so: „Patienten werden nicht ausreichend therapiert, die Beschäftigten durch den ständigen Mangel zermürbt.“ Und da hat er nicht Unrecht: Ende Januar waren von 670 Stellen 158 nicht besetzt. Anfang Februar wurden 626 Patient:innen stationär behandelt, obwohl nur 549 Betten zur Verfügung standen. Letztes Jahr kamen wegen mangelnder Kapazitäten 20 Straftäter frei. Jeder hat das Recht auf psychiatrische Behandlung, egal ob Straftäter:in oder nicht, doch bei ihnen spart der Senat wahrscheinlich als erstes ein.

Neues vom Pflegewahnsinn

Eine Mitarbeiterin eines Altenheims im Berliner Bezirk Lichtenberg musste vor kurzem Feuerwehr und Polizei rufen, da die Nachtschicht nicht ausreichend besetzt war. Ihr Versuch, vorher die Bereitschaft und Heimleitung zu erreichen, war erfolglos – es ging niemand ans Telefon. Dazu kommt noch ein Todesfall an diesem Abend – ob dieser mit dem Personalausfall zusammenhängt, wird noch ermittelt. Der Pflegekonzern äußert sich entsetzt und will die Umstände natürlich vollständig klären, aber wir wissen doch wie es wirklich ist: für Profite gehen die Pflegeheimkonzerne auch „über Leichen“, sie wissen über die prekären Situationen auf ihren Stationen Bescheid und nehmen dies in Kauf. Da bringt auch keine neue Heimleitung etwas, welche unter genau diesen Profitzwängen den Laden am Laufen halten muss.

Solidarität ist strafbar

Am 17.4. kündigte der Jugendstadtrat Friedrichshain-Kreuzberg zwei Mädchen* Zentren vom Träger FRIEDA EV., fristlos und mit sofortiger Wirkung, die Leistungsverträge. Der Grund dafür war die politische Aktivität von Mitarbeitenden der Einrichtungen. Sie wurden in ihrer Freizeit auf Pro-palastinänischen Demos gesehen und eine Person wollte auf dem Palästina Kongress sprechen. Der Jugendstadtrat, ein CDU Politiker, der früher bei der Polizei war, übergang sämtliche notwendigen Schritte bevor eine Schließung erlaubt gewesen wäre, wie z. B. eine Abmahnung bzw. wurden auch keine eigenen Untersuchungen durchgeführt. Für politische Stimmungen opfern Politiker:innen Mitarbeitende sowie in diesem Fall die zwei einzigen Einrichtungen für migrantische, queere Mädchen* in den Bezirken.



Über den QR-Code könnt ihr unserer Vitamin C WhatsApp Gruppe beitreten und euch mit anderen Kolleg:innen austauschen und aktiv werden!

Demo: Am 1. Mai ...

Heizen wir den Bossen ein! Vor allem auch den Charité- und CFM-Häuptlingen! Ihr findet uns entweder im Gesundheitsarbeiter:innenblock oder im Block der Sozialarbeiter:innen: Mittwoch, 1. Mai, 10:00 Uhr, Straße der Pariser Kommune.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - Insta: gruppe_vitaminc - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click